

Stabilisierung der gemeinsamen Währung

Sorgfalt im Interesse der Bürger

Die christlich-liberale Koalition setzt auf Gründlichkeit: Die wegweisenden Entscheidungen über die Stabilisierung der gemeinsamen europäischen Währung fallen nicht diese, sondern nächste Woche. Union und FDP nehmen unterdessen die Mitspracherechte der Volksvertreter im Deutschen Bundestag gründlich wahr.

Die Stabilisierung der Gemeinschaftswährung bleibt das bestimmende Thema im Deutschen Bundestag. Nach vielfachen Beratungen im Verlauf der Woche befassten sich die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Freitag in einer Sondersitzung nochmals ausführlich mit möglichen Wegen aus der Schuldenkrise. Die exorbitante Staatsverschuldung einiger europäischer Staaten hatte die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung zuletzt stark gefährdet. Eine solche Entwicklung birgt insbesondere für die deutsche Volkswirtschaft enorme Risiken. Immerhin profitiert die hiesige Wirtschaft weit überdurchschnittlich stark vom Export in die anderen Länder der Euro-Zone. Millionen von Arbeitsplätzen in der ganzen Republik hängen somit von der Stabilität des Euro ab.

Die unionsgeführte Bundesregierung setzt im Rahmen der bevorstehenden historischen Entscheidungen auf klare strukturelle Leitplanken für die weitere Entwicklung. So fordern die christlich-liberalen Koalitionäre entschiedene Schritte hin zu einer echten Stabilitätsunion. Die christlich-liberale Koalition in Parlament und Regierung drängt gegenüber den europäischen Partnern unmissverständlich darauf, in Europa eine Kultur solider Haushaltsführung nachhaltig zu verankern. Als Vorbild dient dabei die Bundesrepublik. Insbesondere die hierzulande geltende Schuldenbremse wird europaweit als beispielhaft angesehen. Diese Regelung, die die unionsgeführte Bundesregie-

rung sogar in der Verfassung verankert hat, garantiert eine deutliche Rückführung der Neuverschuldung des Bundeshaushalts. Einige europäische Staaten haben mittlerweile ähnliche Mechanismen auf den Weg gebracht. Die christlich-liberale Koalition wird auch weiterhin alles dafür tun, dass möglichst viele europäische Partnerstaaten diesem Beispiel folgen.

In den Ländern, deren enorme Verschuldungspolitik die aktuelle Krise auslöste, sind aber darüber hinaus rasche und starke Einsparungen notwendig. Dazu ist nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch eine höhere Verbindlichkeit der bestehenden Stabilitätskriterien von Maastricht notwendig. In ganz Europa blieb über Jahre unvergessen, wie Deutschland unter der rot-grünen Bundesregierung die Aufweichung eben dieser Stabilitätskriterien betrieb. Unter derselben Regierung Schröder war auch Griechenland in den Euro aufgenommen worden.

In den Verhandlungen über mögliche Wege aus der Schuldenkrise setzt die CSU im Deutschen Bundestag auf zwei Kernprinzipien ihrer Politik. Einerseits tun die Christsozialen alles für eine Stabilisierung unserer Währung. Andererseits bestehen sie klar auf der Obergrenze möglicher von Deutschland zu übernehmender Garantien in Höhe von 211 Milliarden Euro. Voraussichtlich kommende Woche entscheidet ein Sondergipfel der Europäischen Union über das weitere Vorgehen.

**Deutschland
stärkt Stabilität**

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Für die EU-Gipfel der nächsten Tage hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel einen klaren Auftrag von uns Parlamentariern im Gepäck: Das Verhandlungsergebnis muss sowohl im Interesse Deutschlands an einem stabilen Euro sein als auch klar innerhalb der Grenzen unserer Möglichkeiten für Garantieübernahmen liegen. Wir diskutieren die komplexen Konzepte gegen die Schuldenkrise ausgiebig und nutzen damit das Recht des Bundestages, die Verhandlungslinie der Regierung auf EU-Gipfeln bereits im Vorfeld zu prägen.



Auch neue Maßnahmen zur Währungsstabilisierung müssen die Ursachen und nicht die Symptome der Schuldenkrise bekämpfen. Zuvorderst stehen dabei die Reformen der hochverschuldeten Euro-Staaten und die Vorgänge auf den Finanzmärkten. Nur wenn sich weitere strukturelle Änderungen durchsetzen lassen, können wir auf eine weniger turbulente Zukunft hoffen. Ich denke hier zum Beispiel an das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen, das wir in Deutschland eingeführt haben, aber in ganz Europa brauchen, oder an eine Finanztransaktionssteuer.

Diese Maßnahmen bauen auf den großen Fortschritten auf, die bei der Regulierung des Bankensektors bereits erreicht sind: So haben wir etwa ein neues Europäisches Finanzaufsichtssystem geschaffen; der neu gegründete Finanzstabilitätsrat überwacht künftig die Vergütung von Bankenvorständen; und die Banken müssen künftig mehr Kapital und Liquidität vorhalten. Ich setze mich weiter für Verbesserungen in der Regulierung ein und bin gleichzeitig zuversichtlich, dass diese neuen Institutionen und Regeln unser aller Vertrauen genießen werden, sobald sie sich in der Praxis bewährt haben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ereignis von Weltrang

Bundestag freut sich auf Reformationsjubiläum

Der Deutsche Bundestag hat die Bedeutung anerkannt, die dem 500. Jahrestag des Thesenanschlags durch Martin Luther zukommt. Die Evangelische Kirche Deutschlands und Christen auf der ganzen Welt gedenken bereits seit 2008 im Rahmen einer sogenannten Lutherdekade der historischen Ereignisse von 1517.

Martin Luther sorgt für Einheit: Selbst SPD und Grüne, die zuletzt kirchenpolitisch vor allem durch einen zunehmend aggressiven Laizismus und das respektlose Fernbleiben einiger Abgeordneter während der Bundestagsrede Papst Benedikts aufgefallen waren, stimmten am Donnerstag mit der christlich-liberalen Koalition. Auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages stand ein Entschließungsantrag zum 500. Jahrestag der Reformation. Darin fordern die Volksvertreter eine stärkere Unterstützung der entsprechenden Feierlichkeiten durch die Bundesregierung. Die Evangelische Kirche Deutschlands und Christen auf der ganzen Welt gedenken bereits seit 2008 im Rahmen einer sogenannten Lutherdekade der historischen Ereignisse

von 1517. Die weltweit mehr als 400 Millionen Protestanten erkennen im Wittenberger Thesenanschlag und seinen historischen Folgen eine wichtige Grundlage ihres Bekenntnisses; auch Benedikt XVI. hatte zuletzt in Erfurt gegenüber Vertretern der Evangelischen Kirche Deutschlands die Bedeutung von Luthers zentraler Frage nach einem gnädigen Gott unterstrichen.

In der Tat bietet das Reformationsjubiläum auch die Möglichkeit, die vielen Berührungspunkte sowie die gemeinsamen Zukunftsaussichten der beiden großen Konfessionen in den Blick zu nehmen. So konzentriert sich das Programm der Lutherdekade auch nicht nur auf die Person des Reformators; vielmehr spielen darin auch der 450. Todestag Philipp Melanchthons und der 500. Geburtstag Lucas Cranachs des Jüngeren eine Rolle, wenn etwa „Reformation und

Bildung“ (2010) sowie „Reformation – Bild und Bibel“ (2015) Jahresthemen der Dekade bildeten und bilden.

Die Abgeordneten der Union haben einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg des Antrags geleistet, der am Donnerstag vom Bundestag mit breiter Mehrheit angenommen wurde. Bereits im Sommer hatte Kulturstatsminister Bernd Neumann eine jährliche Unterstützung in Höhe von fünf Millionen Euro zugesagt. Doch durch den Antrag könnte die Einbringung weiterer Mittel möglich werden. So forderten die Abgeordneten etwa, die bedeutenden historischen Orte der Reformation in Denkmalschutz-Förderprogramme aufzunehmen. Der Bundestag sprach sich außerdem dafür aus, das Reformationsjubiläum durch entsprechende Initiativen der Deutschen Botschaften und Goethe-Institute auf der ganzen Welt zu begehen.

Diese Woche

Stabilisierung der gemeinsamen Währung
Sorgfalt im Interesse der Bürger 1

Ereignis von Weltrang
Bundestag freut sich auf Reformationsjubiläum 2

Familienpflegezeit wird Realität
Flexible Lösung für Angehörige 2

Aktuelle Stunde im Bundestag
Kein Pardon gegen Linksterroristen 3

Neuausrichtung der Bundeswehr
Dienst für das Vaterland wird noch attraktiver 4

Koalition schützt Berufs- und Angelfischer
Klare Grenzen für den Kormoran 4

Beiträge gehen zurück
Aufschwung wirkt 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Familienpflegezeit wird Realität

Flexible Lösung für Angehörige

Arbeitnehmer können die Pflege eines Angehörigen künftig besser mit ihrer Berufstätigkeit vereinbaren. Union und FDP setzen eine entsprechende Initiative der Familienministerin durch.

Gute Nachricht für Millionen von Menschen in Deutschland: Die Familienpflegezeit kommt. Wer parallel zur Berufstätigkeit einen Familienangehörigen pflegen möchte, verfügt somit künftig über bessere Möglichkeiten zur Vereinbarung dieser beiden wichtigen Tätigkeiten. Die Initiative von Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder ermöglicht es dabei, den Verdienstaufschlag der Betroffenen möglichst gering zu halten. Konkret sieht das nun beschlossene Gesetz vor, dass Angestellte ihre Arbeitszeit für höchstens zwei Jahre um bis zu 50 Prozent senken können, aber weiterhin 75 Prozent ihres Gehalts beziehen. Nach der Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung erhalten die Betroffenen weiterhin drei Viertel

ihres Verdienstes, bis das persönliche Arbeitszeitkonto ausgeglichen ist.

Die Union hatte sich zuletzt erfolgreich für einige wichtige Verbesserungen der neuen Regelung eingesetzt. Dadurch wurden etwa die Rahmenbedingungen für die Versicherung verbessert, die zu Beginn einer Pflegezeit abzuschließen ist. Damit sichern sich die Parteien gegen den Fall ab, dass der Arbeitnehmer während der Pflegezeit verstirbt oder berufsunfähig wird. Die Prämie für die Versicherung beläuft sich nunmehr voraussichtlich nur noch auf einen niedrigen zweistelligen Betrag. Außerdem ist sie ohne Gesundheitsprüfung oder Differenzierung nach Alter oder Geschlecht abzuschließen.

Aktuelle Stunde im Bundestag

Kein Pardon gegen Linksterroristen

Die jüngsten linksradikal motivierten Anschläge in Berlin belegen einmal mehr: Die christlich-liberale Koalition ist mit ihrer kompromisslosen Haltung gegen jeden politischen Extremismus auf dem richtigen Weg. Das oppositionelle Linksbündnis verharmlost solche Straftaten dagegen weiterhin.

Die Bundestagsabgeordneten von Union und FDP haben die Anschläge von Linksterroristen auf wichtige Knotenpunkte der Deutschen Bahn scharf verurteilt. In einer aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages konzentrierten sich Kritik und Empörung auf die feigen Täter sowie Vertreter des rot-rot-grünen Linksbündnisses, die solche Straftaten aus dem linken Spektrum relativieren. So hatte etwa die Linkspartei-Abgeordnete Jelpke die Ziele der Linksextremisten als „durchaus richtig“ bezeichnet. Damit steht sie in einer bei SPD, Grünen und Linkspartei weit verbreiteten Tradition, nach der zwischen „gutem“ und „schlechtem Terror“ zu unterscheiden ist. So hatte auch die rot-grüne Bundesregierung zwischen 1998 und 2005 ausschließlich Projekte gegen den Rechtsextremismus unterstützt, während linke Politiker immer wieder Verständnis für die Motivation von Linksradikalen zeigten. Erst Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder änderte diese Praxis: Unter ihrer Führung erarbeitete das zuständige Ministerium endlich auch Konzepte gegen die Verbreitung linksextremistischer Gedankenguts. Dabei legt Frau Schröder Wert darauf, dass die dafür notwendigen Mittel nicht durch Einsparungen beim Kampf gegen Rechtsextreme gewonnen werden. Vielmehr bleiben die dafür angesetzten Ausgaben stabil. Gleichzeitig wurden auch die Initiativen gegen den islamistischen Extremismus ausgebaut.

Redner von Union und FDP erinnerten an die ungezählten Passagiere, die unter Verspätungen ihrer Züge im Bereich von insgesamt 50.000 Minuten litten. Gleichzeitig wiesen die Vertreter der christlich-liberalen Koalition darauf hin, dass der verursachte Schaden noch höher ausgefallen wäre, hätte die nasskalte Witterung nicht die Zündung weiterer gelegter Brandsätze verhindert. Experten werten die Tatsache, dass 18 Brandsätze

koordiniert platziert werden konnten, dennoch als Beleg für den hohen Organisationsgrad des linksextremen



Die jüngsten Anschläge linksextremistischer Terroristen richteten sich gegen wichtige Knotenpunkte des Schienennetzes. Doch auch vor Gewalt gegen Menschen machen die Extremisten nicht Halt.

mistischen Spektrums und fordern ein Festhalten der unionsgeführten Bundesregierung an ihrer konsequenten Strategie gegen jede Form des politischen Extremismus.

Der aggressive Ton des Bekennerschreibens und die breite Unterstützung, die es links der Mitte des politischen Spektrums erfahren hat, verheißen nach Ansicht von Experten nichts Gutes. Vielmehr zeigen sie, dass Linksextremisten zunehmend häufig bereit sind, Schäden und Opfer als Folgen ihrer feigen Anschläge in Kauf zu nehmen. Dies belegt auch der Verfassungsschutzbericht für das vergangene Jahr. Während die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Körperverletzungen um 14 Prozent zurückgegangen ist, stieg die Vergleichszahl auf der Seite der Linksradikalen um acht Prozent

an. Die Gesamtzahl der aus linksextremistischen Motiven verübten Gewalttaten lag 2010 bei 944, während Rechtsextreme 762 Gewalttaten verübten.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Falsches Spiel ...

Einst spielten sie das moralische Gewissen der Bundesrepublik, jetzt zeigen sie ihr wahres Gesicht: Ehemalige grüne Spitzenpolitiker gehen Beschäftigungen nach, die so gar nicht zum grünen Gewissen passen. Joschka Fischer verdingt sich inzwischen als Gaspipeline-Lobbyist und BMW-Berater, auch Rezzo Schlauch versucht sich – weit weniger erfolgreich – als Interessenvertreter. Den Vogel abgeschossen haben jedoch drei andere: Gunda Röstel, die von der Anti-KKW-Aktivistin zur Energiekonzern-Aufsichtsrätin mutierte, Margareta Wolf, die für Rot-Grün den „Atomusstieg“ vorantrieb und später ihr Geld mit Pro-Kernkraft-Kampagnen verdiente, sowie Marianne Tritsch, die zur wichtigsten deutschen Lobbyistin für die Zigarettenindustrie mutierte. Man ist geneigt, frei nach Brecht zu formulieren: Erst kam die Moral, dann das große Fressen.

... und echter Streit

Dieses Wochenende berät „Die Linke“ in Erfurt ihr neues Programm. Bisher konnten Gysi und Co. die Inhaltsleere ihrer Polemik-Partei über die Zeit retten. Nun heißt es endlich Farbe bekennen, wofür die vom Verfassungsschutz beobachtete Ex-Staatspartei der DDR tatsächlich steht. Zu dem heftigen Streit zwischen Fundamentalisten und „Reformern“ über das Programm gesellen sich mittlerweile Drohungen prominenter Mitglieder, bei bestimmten Richtungsentscheidungen die Partei zu verlassen. Dazu kommt der Dauerzank, ob mit Personalien wie Lafontaine oder Wagenknecht die Betonkopfpolitik der Vergangenheit endgültig zum Zukunftsmodell der Rostrotten erhoben werden soll. Starker Tobak für zwei Vorsitzende (Wie hießen sie doch gleich?), die sogar in der eigenen Partei kaum noch jemand ernst nimmt.

Neuausrichtung der Bundeswehr

Dienst für das Vaterland wird noch attraktiver

Eine Woche vor Abschluss der Planungen für die Neuausrichtung der Bundeswehr steht bereits fest: Der Dienst für das Vaterland wird künftig noch attraktiver. Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière stellte am Dienstag ein Maßnahmenbündel vor, das auf die Bedürfnisse der Truppe eingeht.

Auch nach ihrer Neuausrichtung, deren Eckpunkte kommende Woche bekanntgegeben werden sollen, wird die Bundeswehr eine Freiwilligenarmee bleiben: Zeitsoldaten werden weiterhin die überwiegende Mehrheit der Truppe stellen, während die Berufssoldaten in der klaren Minderheit bleiben. Für Verteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière muss die Bundeswehr auch deswegen ein noch attraktiverer Arbeitgeber werden; immerhin konkurriert die Truppe nach dem Ende der Wehrpflicht mit allen Ausbildungsbetrieben und Universitäten um die Aufmerksamkeit der jungen Generation. Vor diesem Hintergrund stellte de Maizière am Dienstag das sogenannte Reformbegleitprogramm vor. Es zeigt Wege zur behutsamen Überführung von Soldaten in den Arbeitsmarkt oder Ruhestand und zur Steigerung der

Attraktivität des Dienstes in der Truppe auf.

Die Vorschläge de Maizières sehen unter anderem das Wahlrecht zwischen Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld für die Angehörigen der Bundeswehr, die nicht am Heimatort Dienst leisten, vor. Einen großen Effekt auf die Attraktivität des Dienstes erhoffen sich die Verteidigungspolitiker der Koalition auch von neuen Prämien zur Personalgewinnung und -bindung. Die Zusatzvergütung für einen 24-Stunden-Dienst soll von 35,79 auf 65,40 Euro (je brutto) steigen. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Attraktivitätsprogramms ist die Familienfreundlichkeit: So sollen insgesamt 300 Eltern-Kind-Arbeitszimmer eingerichtet und besonders belastete Familien bei der Kinderbetreuung finanziell unterstützt werden.

Die Vorschläge des Reformbegleitprogramms nehmen aber auch ausscheidende Soldaten in den Blick. Personal, dessen Stellen abgebaut werden müssen, unterbreitet der Verteidigungsminister maßgeschneiderte Angebote. Soldaten im Alter von unter 40 Jahren erhalten bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienst eine Einmalzahlung von 5.000 Euro pro geleistetem Dienstjahr. Kameraden zwischen 40 und 50 Jahren können mit Zustimmung des Dienstherrn in den vorzeitigen Ruhestand versetzt werden; sie erhalten die bis dahin verdienten Pensionsansprüche sowie eine Einmalzahlung von 5.000 Euro pro Jahr, das zur vorgesehenen Altersgrenze verbleibt. Ältere Soldaten können vorzeitig in den Ruhestand gehen und erhalten die Versorgung, die sie ab der vorgesehenen Altersgrenze erhalten hätten.

Koalition schützt Berufs- und Angelfischer

Klare Grenzen für den Kormoran

Der Bestand an Kormoranen hat sich in den letzten zwanzig Jahren vervierfacht – der Hunger der Vögel ebenso. Die christlich-liberale Koalition bringt daher Maßnahmen zum Schutz der Fischerei auf den Weg.

Die christlich-liberale Koalition setzt sich entschieden für ein wirksames Management der europäischen Kormoran-Bestände ein. Am Mittwoch beriet der Bundestag einen entsprechenden Antrag, den die Abgeordneten von Union und FDP erarbeitet hatten. Damit fordern die Volksvertreter die Bundesregierung zu wirksamen Schritten gegen die Ausweitung der Kormoran-Population auf. Der Bestand der Wasservögel hatte sich in Deutschland in den letzten 20 Jahren vervierfacht. Der steigende Nahrungsbedarf des wachsenden Kormoran-Bestandes bringt zunehmend Probleme mit sich. Mittlerweile fressen alleine in Deutschland Kormorane mehr als 20.000 Tonnen Fisch pro Jahr. Da die Wasservögel vor allem Jungtiere erbeuten, ist in vielen Gewässern

die Aufrechterhaltung des Fischbestandes ernsthaft gefährdet.

Die christlich-liberalen Umweltexperten fordern daher, dem Schutz natürlicher vorkommender Fischarten den gleichen Stellenwert einzuräumen wie dem Vogelschutz. Nur so könne die Berufs- und Angelfischerei effektiv vor erheblichen Schäden durch Kormoranfraß bewahrt werden. Gleichzeitig appellieren die Volksvertreter an die unionsgeführte Bundesregierung, sich in Brüssel für einen europaweit koordinierten Aktionsplan stark zu machen. Ziel eines solchen Plans müsse die nachhaltige Bestandsregulierung sein. Auch die einzelnen Verordnungen der Länder zum Kormoran müssen, so die Abgeordneten, dringend vereinheitlicht werden.

Beiträge gehen zurück

Aufschwung wirkt

Gute Nachricht für Versicherte in ganz Deutschland: Es werden weniger Zusatzbeiträge verlangt.

Millionen von Angestellten und ihre Angehörigen haben im kommenden Jahr mehr Geld in der Tasche: Die Kunden der neuen Krankenkasse DAK-Gesundheit müssen ab April 2012 keinen Zusatzbeitrag mehr entrichten. Die Abgabe beträgt acht Euro pro Person und Monat. Freuen können sich 6,6 Millionen Menschen, die bisher bei der DAK oder der BKK Gesundheit versichert sind. Möglich wurde der Verzicht auf die Zusatzabgabe nach Angaben der DAK nicht nur durch administrative Einsparungen bei der Fusion der beiden Kassen, sondern insbesondere aufgrund der guten konjunkturellen Lage. In einer Erklärung der DAK hieß es, „die ohnehin gute Finanzausstattung des Gesundheitsfonds“ werde sich „laut Schätzerkreis im kommenden Jahr weiterhin gut entwickeln.“